

Krankenstand der Lehrer – Unterrichtsausfall 1.05

Bemerkenswert ist aber, dass mit Lennartz ein Sozialdemokrat die Argumente des Gegners aufgreift wenn auch, um diesem, wie er schreibt, das Wasser abzugraben. Im Schulministerium gilt der Mann aus dem Erftkreis zwar als Querulant, und der Umstand, dass er mit seinem Brief an die Öffentlichkeit geht, anstatt das Gespräch "unter Genossen" zu suchen, dürfte seine Beliebtheit dort kaum fördern. Dennoch: Der ganze Vorgang zeigt, dass die Debatte um den **Unterrichtsausfall eben nicht nur das Steckenpferd von Union und FDP** ist, sondern - angeheizt durch die Proteste von Eltern- und Lehrerverbänden - quer zu den politischen Lagerlinien geführt wird. Und die Ministerin, die viel lieber über Reformprojekte wie "Englisch in der Grundschule" und das "Bündnis für Erziehung" sprechen würde, wird von ihr immer wieder eingeholt.

Tatsächlich hat Lennartz nicht Unrecht: **Es gibt keine landesweite, auf der Auswertung sämtlicher verfügbarer Daten bestehende Statistik zum Unterrichtsausfall.** Aber man steht auch nicht mit leeren Händen da: Einer neuen Erhebung des Landesrechnungshofes zufolge liegt der Stundenausfall durchschnittlich bei **10,4 Prozent**. Diese Quote kann indes auf Grund der geringen Zahl der überprüften Schulen nicht verallgemeinert werden.

Vor allem aber ist da eine **Untersuchung des Ministeriums von 1999, in die 125 Schulen einbezogen wurden.** Danach fallen an den NRW-Schulen zwischen **5,8 und 7,9 Prozent des Unterrichts aus.** Spitzenreiter sind die Realschulen, am glimpflichsten kommen die Grundschulen weg. Auch über die Gründe für nicht erteilten Unterricht gibt die Studie Auskunft: Erkrankungen spielen demnach weniger eine Rolle als Mängel der internen Schulorganisation: Verzicht auf Vertretung, Fortbildungen, Konferenzen und Lehrerausflüge während der Unterrichtszeit etc.

Diese Untersuchung provozierte einen Aufschrei des Protests in der Lehrerwelt: Statt für Neueinstellungen zu sorgen, stemple die Ministerin, so hieß es, die Pädagogen zu Sündenböcken. Tatsächlich aber blieb, das solchermaßen gescholtene Ministerium nicht untätig: Das **Programm "Geld statt Stellen"** - es finanziert Ersatzkräfte im Fall von langfristigen Abwesenheiten - wurde aufgestockt, eine **"Lehrerfeuerwehr" für die Grundschulen** eingerichtet, die Zahl der so genannten unterjährigen Einstellungen ausgeweitet.

Indes lassen all diese Maßnahmen eine empfindliche Lücke: Sie helfen - wegen des **Prinzips der Fachlichkeit** - nicht bei kurzfristigen Unterrichtsausfällen in den Sekundarstufen I und II. Die Wiedereinführung einer Stellenreserve lehnt die Ministerin ab: Sie würde erfahrungsgemäß für anderweitige Unterrichtsprojekte "verbraten" und stünde dann im Notfall nicht zur Verfügung. Viele fragen sich allerdings, ob Behler es bei diesem Hinweis belassen darf - und **das Problem Unterrichtsausfall ist, wie man allenthalben hört, nicht behoben.** Die Stundentafel sei, so antwortet man in Düsseldorf, **theoretisch** durch die **Zahl** der vorhandenen Lehrer gedeckt, "aktueller" Unterrichtsausfall aber angesichts der **Kompliziertheit des Systems** nicht restlos zu vermeiden. Und an die CDU ergeht der Ratschlag, sich doch mal in den von ihr regierten Bundesländern umzusehen.

Die Antwort an MdB Lennartz ist, wie man hört, in Arbeit. Es bedarf keiner starken Fantasie, sich ihren Inhalt vorzustellen: **Eine allgemeine statistische Erhebung zum**

Die **Bildungspolitik** und damit auch die **Reduzierung des Unterrichtsausfalls an den Schulen waren ein zentraler Punkt im Wahlkampf des jetzigen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU)**. Als Erfolg rechnet es sich die neue schwarz-gelbe Regierung in Wiesbaden an, dass seit ihrer Amtsübernahme im **Frühjahr 1999 mehr als 1400 neue Lehrerstellen** geschaffen werden könnten, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Der **Unterrichtsausfall wurde fast halbiert**. Dennoch **fehlten im vergangenen Schuljahr knapp 60 000 Stunden**, wenn jene 100 000 Unterrichtsstunden zu Grunde gelegt werden, deren Fehlen die CDU in der Opposition beklagte. Mittel für **Vertretungsunterricht** wurden im Umfang von **300 Stellen** bereitgestellt.

Unterrichtsausfall über das hinaus, was man schon tue, sei - so könnte sie lauten - nicht geplant. Sie zeitigte nur einen unzumutbaren bürokratischen Aufwand und wäre darüber hinaus sinnlos. Tatsächlich äußern viele Experten Skepsis ob der Aussagekraft einer solchen Untersuchung (Siehe Interview). **Sinnvoll wäre sie, so heißt es, nur, wenn deutlich würde, was und wie viel an jeder einzelnen Schule ausfällt.** Wenn aber, so Ministeriumssprecher Horst Dieter Kückmann, *"die Schulen argwöhnen, dass die Daten, die wir von ihnen wollen, gegen sie verwendet werden, dann kriegen wir keine zuverlässigen Zahlen mehr."*

arkus Schwering

Hessen Die **Stundentafeln** sind ein weiteres Anliegen der hessischen Kultusministerin Karin Wolff. Kam ein **Grundschüler in Bayern** im vergangenen Schuljahr auf **102** oder in **Thüringen auf 100 Monatsstunden**, standen in **Hessen nur 87 Stunden** zur Verfügung. Sie werden bis **auf 92 Stunden angehoben**. Weiterhin bleibe die **Bildungspolitik "das landespolitische Thema Nummer eins"** sagt der Sprecher der Landesregierung, Dirk Metz. Man wolle die **"Unterrichtsgarantie" voll und ganz erfüllen**. (F. O.)

Bayern Zusätzliche Aushilfsmittel zur Bewältigung des Unterrichtsausfalls an den allgemein bildenden Schulen stellt das Land Bayern im Jahr 2000 in Höhe von 5 Millionen Mark zur Verfügung. (F. O.)

Mit einem Unterrichtsausfall von 2,3 bis 3,9 Prozent mussten die Schulen in Bayern in der Vergangenheit zurechtkommen. "Angesichts dieser geringen Quote erhalten bayerische Schülerinnen und Schüler deutlich mehr Unterricht als ihre Kollegen in anderen Ländern", sagt die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier. Dennoch wolle man den Unterrichtsausfall weiter minimieren.

Als **"mobile Reserve"** stehen in Bayern 2000 Lehrer für Grund- und Hauptschulen bereit, um einspringen zu können, wenn Stunden ausfallen. Eine ähnliche Lösung wird auch für Gymnasien angestrebt, wiewohl hier das Fernbleiben einer Lehrkraft keine so dramatischen Auswirkungen hat wie etwa auf der Grundschule - dort fiele für eine Klasse dann der gesamte Unterricht aus. Ein weiteres Problem bei einer stillen Reserve für die Gymnasien stellt sich angesichts der Tatsache, dass dort **Fachlehrer** wirken. **Pilotprojekte** in Nürnberg, München und Augsburg sollen Erfahrungsansätze liefern.

Mit einem **Unterrichtsausfall von 2,3 bis 3,9 Prozent** mussten die **Schulen in Bayern** in der Vergangenheit zurechtkommen. "Angesichts dieser geringen Quote erhalten bayerische Schülerinnen und Schüler deutlich mehr Unterricht als ihre Kollegen in anderen Ländern", sagt die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier. Dennoch wolle man den Unterrichtsausfall weiter minimieren.

Als "**mobile Reserve**" stehen in Bayern **2000 Lehrer für Grund- und Hauptschulen** bereit, um einspringen zu können, wenn Stunden ausfallen. Eine ähnliche Lösung wird auch für Gymnasien angestrebt, wiewohl hier das Fernbleiben einer Lehrkraft keine so dramatischen Auswirkungen hat wie etwa auf der Grundschule - dort fiel für eine Klasse dann der gesamte Unterricht aus. Ein weiteres Problem bei einer stillen Reserve für die Gymnasien stellt sich angesichts der Tatsache, dass dort **Fachlehrer** wirken. Pilotprojekte in Nürnberg, München und Augsburg sollen Erfahrungsansätze liefern.

Krankheiten und Konferenzen

Neue Vorwürfe und neue Fragen: Was bringt eine NRW-weite Statistik?

Von der Sache her ist das Schreiben nicht sehr bemerkenswert, denn mit der **Forderung nach einer landesweiten Statistik über Umfang und Hintergründe des Unterrichtsausfalls an den Schulen liegt die CDU der Landesregierung schon lange in den Ohren**. Erklärtes Ziel der Opposition ist es, Gabriele Behler als die in ihren Augen für den Stundenausfall Hauptverantwortliche abzuschießen. Ihm dient auch eine personalisierende Kampagne ("Gesundbeten hilft nicht, Frau Behler"), deren Geschmacksqualität man durchaus bezweifeln kann.

Bemerkenswert ist aber, dass mit Lennartz ein Sozialdemokrat die Argumente des Gegners aufgreift wenn auch, um diesem, wie er schreibt, das Wasser abzugraben. Im Schulministerium gilt der Mann aus dem Erftkreis zwar als Querulant, und der Umstand, dass er mit seinem Brief an die Öffentlichkeit geht, anstatt das Gespräch "unter Genossen" zu suchen, dürfte seine Beliebtheit dort kaum fördern. Dennoch: Der ganze Vorgang zeigt, dass die Debatte um den **Unterrichtsausfall eben nicht nur das Steckenpferd von Union und FDP** ist, sondern - angeheizt durch die Proteste von Eltern- und Lehrerverbänden - quer zu den politischen Lagerlinien geführt wird. Und die Ministerin, die viel lieber über Reformprojekte wie "Englisch in der Grundschule" und das "Bündnis für Erziehung" sprechen würde, wird von ihr immer wieder eingeholt.

Tatsächlich hat Lennartz nicht Unrecht: **Es gibt keine landesweite, auf der Auswertung sämtlicher verfügbarer Daten bestehende Statistik zum Unterrichtsausfall**. Aber man steht auch nicht mit leeren Händen da: Einer neuen Erhebung des Landesrechnungshofes zufolge liegt der Stundenausfall durchschnittlich bei **10,4 Prozent**. Diese Quote kann indes auf Grund der geringen Zahl der überprüften Schulen **nicht verallgemeinert** werden.

Vor allem aber ist da eine **Untersuchung des Ministeriums von 1999, in die 125 Schulen einbezogen wurden**. Danach fallen an den NRW-Schulen zwischen **5,8 und 7,9 Prozent des Unterrichts aus**. Spitzenreiter sind die Realschulen, am glimpflichsten kommen die Grundschulen weg. Auch über die Gründe für nicht erteilten Unterricht gibt die Studie Auskunft: Erkrankungen spielen demnach weniger eine Rolle als Mängel der internen Schulorganisation: Verzicht auf Vertretung, Fortbildungen, Konferenzen und Lehrerausflüge während der Unterrichtszeit etc.

Diese Untersuchung provozierte einen Aufschrei des Protests in der Lehrerwelt: Statt für Neueinstellungen zu sorgen, stemple die Ministerin, so hieß es, die Pädagogen zu Sündenböcken. Tatsächlich aber blieb, das solchermaßen gescholtene Ministerium nicht untätig: Das **Programm "Geld statt Stellen"** - es finanziert Ersatzkräfte im Fall von langfristigen Abwesenheiten - wurde aufgestockt, eine **"Lehrerfeuerwehr" für die Grundschulen** eingerichtet, die Zahl der so genannten unterjährigen Einstellungen ausgeweitet.

Indes lassen all diese Maßnahmen eine empfindliche Lücke: Sie helfen - wegen des **Prinzips der Fachlichkeit** - nicht bei kurzfristigen Unterrichtsausfällen in den Sekundarstufen I und II. Die Wiedereinführung einer Stellenreserve lehnt die Ministerin ab: Sie würde erfahrungsgemäß für anderweitige Unterrichtsprojekte "verbraten" und stünde dann im Notfall nicht zur Verfügung. Viele fragen sich allerdings, ob Behler es bei diesem Hinweis belassen darf - und **das Problem Unterrichtsausfall ist, wie man allenthalben hört, nicht behoben.** Die Stundentafel sei, so antwortet man in Düsseldorf, **theoretisch** durch die **Zahl** der vorhandenen Lehrer gedeckt, "aktueller" Unterrichtsausfall aber angesichts der **Kompliziertheit des Systems** nicht restlos zu vermeiden. Und an die CDU ergeht der Ratschlag, sich doch mal in den von ihr regierten Bundesländern umzusehen.

Die Antwort an MdB Lennartz ist, wie man hört, in Arbeit. Es bedarf keiner starken Fantasie, sich ihren Inhalt vorzustellen: **Eine allgemeine statistische Erhebung zum Unterrichtsausfall über das hinaus, was man schon tue, sei - so könnte sie lauten - nicht geplant.** Sie zeitigte nur einen unzumutbaren bürokratischen Aufwand und wäre darüber hinaus sinnlos. Tatsächlich äußern viele Experten Skepsis ob der Aussagekraft einer solchen Untersuchung (Siehe Interview). **Sinnvoll wäre sie, so heißt es, nur, wenn deutlich würde, was und wie viel an jeder einzelnen Schule ausfällt.** Wenn aber, so Ministeriumssprecher Horst Dieter Kückmann, "die Schulen argwöhnen, dass die Daten, die wir von ihnen wollen, gegen sie verwendet werden, dann kriegen wir keine zuverlässigen Zahlen mehr."

Markus Schwering

Interview